

Wofür wir stehen

Der **VCI Hessen** vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen seiner 259 Mitgliedsfirmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Diese setzten im Jahr 2021 in Hessen 31,8 Milliarden Euro um und beschäftigten an ihren hessischen Standorten rund 61.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die chemisch-pharmazeutische Industrie stellt nicht nur den umsatz- und exportstärksten Wirtschaftszweig Hessens dar, sondern ist auch der größte industrielle Arbeitgeber im Land.¹

Wir stehen für:

- ✓ Eine **echte Transformation der Industrie mit Hilfe einer Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem** im „Green Deal“ der EU-Kommission. Der Gesetzgeber sollte die Unternehmen in ihren Bemühungen, innovative Produkte und Verfahren zu entwickeln, unterstützen. Dabei helfen könnten beschleunigte Genehmigungsverfahren sowie eine Neubewertung der Europäischen Chemikalienstrategie entsprechend wissenschaftlicher Erkenntnisse. Nur eine starke, innovative Industrie kann die Produkte und Dienstleistungen liefern, die wir für den Weg zur Klimaneutralität benötigen.
- ✓ Eine **zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung sowie neue Wege in der Energiepolitik**. Erfolgreiche Industriepolitik braucht Versorgungssicherheit, die bezahlbar ist. Wir unterstützen das Ziel einer klimaverträglichen, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung. Der Abbau staatlicher Belastungen auf Energiepreise ist mehr denn je erforderlich. Ein ausgewogener Emissionshandel ist wichtiger Baustein für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Mitglieder. Auch angesichts aktueller Herausforderungen wollen wir bis 2050 klimaneutral werden. Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft bleiben wesentliche Aspekte im Alltagsgeschäft.
- ✓ Den **zuverlässigen Einsatz für die Umwelt**. Basis jeder Produktion ist die langfristige Sicherung und damit der Schutz der Ressourcen. In den Bereichen Boden, Luft und Wasser arbeiten wir an nachhaltigen Lösungen, u.a. im Rahmen der Responsible Care Initiative oder der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie.
- ✓ Kontinuierliche **Investitionen in den technologischen Fortschritt**. Wir wünschen uns eine technologieoffene Gesetzgebung, die relevante Vorhaben einem Innovations-Check unterzieht. Unsere Unternehmen investieren viel in Forschung und Entwicklung – eine steuerliche Forschungsförderung ist sinnvoll, um Vorhaben leichter auf den Weg zu bringen. Forschungsanreize sind zudem ausreichende Patentlaufzeiten und ergänzende Schutzzertifikate.
- ✓ Eine **qualitativ hochwertige und bezahlbare Gesundheitsversorgung**. Die Gesundheitsindustrie leistet einen überdurchschnittlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Hessens. Im Ländervergleich nimmt Hessen damit einen Spitzenplatz ein. Politische Entscheidungen, haben unmittelbare Konsequenzen für Investitionen und Arbeitsplätze. Die Initiative Gesundheitsindustrie Hessen trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung dieses Sektors bei.
- ✓ Eine **fundierte und praxisbezogene MINT-Bildung** in unseren Schulen, um künftige Beschäftigte für den Arbeitsmarkt der Zukunft fit zu machen und Technologieoffenheit in der Bevölkerung zu vermitteln. Wir engagieren uns in vielfältigen Projekten für die naturwissenschaftliche Ausbildung. Auch digitale Bildung muss ein integraler Bestandteil des Curriculums werden.

¹ Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt und VCI / *auf Basis der vorläufigen Monatszahlen berechnet.

Die Transformation der Industrie ermöglichen – Klimaneutralität 2050

Unsere Branche sieht sich nach der Pandemie-Bekämpfung, der wirtschaftlichen Instabilität aufgrund des russischen Angriffskriegs auch mit einer neuen, sehr umfassenden Strategie der EU-Kommission konfrontiert. Diese beschreibt, wie Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden soll. Neben weitreichenden klima- und energiepolitischen Zielen sind ambitionierte Maßnahmen geplant, vor allem in der Industrie- und Chemikalienpolitik, in der Kreislaufwirtschaft und zur Förderung der Biodiversität.

Es ist geplant die Wirtschaft grundlegend umzubauen, insbesondere in einer sehr hohen Geschwindigkeit. Der gesunde Menschenverstand legt nahe, dass beides auf einmal nicht möglich ist. Insbesondere dann nicht, wenn ein starker hessischer Standort bestehen bleiben soll.

Wir sehen viele grundlegende Zielkonflikte bei den verschiedenen Initiativen. Beispiel: die Europäische Chemikalienstrategie - sie sagt vielen vermeintlich gefährlichen Stoffen den Kampf an. Leider bleibt unerwähnt, dass sich darunter auch Stoffe befinden, die unsere Zukunftsvisionen von Solarkraft oder auch emissionsfreiem Verkehr erst in die Tat umsetzen können. Kommt es nicht vielmehr auf das richtige Maß sowie den professionellen Umgang mit den Stoffen an? Hat hier die Politik alle drei Nachhaltigkeitsaspekte gleichwertig in Betracht gezogen?

Was ist unser Lösungsansatz?

Ja, die ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist unumgänglich. Die chemisch-pharmazeutische Industrie unterstützt das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Wir haben genau deswegen einen Plan vorgelegt wie wir dieses Ziel bis 2050 erreichen können. Klimaschutz und zirkuläres Wirtschaften stehen ganz oben auf der Agenda. Ob Wasserstoffwirtschaft, chemisches Recycling, Elektromobilität oder digitale Gesundheitswirtschaft: Unsere Branche setzt auf innovative Verfahren und Technologien. Wir sind mit unseren innovativen Produkten stolze Wegbereiter für mehr Nachhaltigkeit. Und das soll auch so bleiben!

Aber: Fakt ist, dass der angestrebte Wandel nur mit einer starken, innovativen und wettbewerbsfähigen chemischen Industrie möglich ist. Soll der starke hessische Standort bestehen bleiben, muss umgedacht werden. Der bisherige „Green Deal“ sollte als Instrument zur Steigerung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit verstanden und umgesetzt werden. Das bedeutet die Machbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu prüfen, die selbstgesteckten Ziele zu priorisieren und sich nicht vor Zielkonflikten zu scheuen.

Wir plädieren für einen „Green Deal“, der die Balance schafft zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem.

Gerade jetzt gilt es Belastungen aus dem „Green Deal“ zu vermeiden und die Wirtschaft industriepolitisch zu unterstützen. Denn nur eine starke Industrie kann den Weg bereiten für unsere ambitionierten Ziele!

Unsere Themen im Detail

Energie, Umwelt- und Klimaschutz

Die hessische Umweltpolitik bzw. -gesetzgebung wird maßgeblich durch EU-Vorgaben bestimmt. Insbesondere das Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt haben die Tendenz die EU-Richtlinien in der nationalen Umsetzung zu verschärfen. Dabei wird oft nicht berücksichtigt, dass der Energie- und Ressourcenverbrauch und somit auch die Kosten exponentiell ansteigen, je näher man sich dem Ziel „Null-Emission“ annähern will. Die Hessische Landesregierung sollte weiterhin diese Problematik im Auge behalten und sich – auch mit Blick auf die Kosten für die öffentlichen Haushalte – für praxistaugliche und finanzierbare Klima- und Umweltgesetze in Brüssel und Berlin einsetzen.

Genehmigungsverfahren beschleunigen

Wer die Transformation der Industrie will, muss Stolpersteine entfernen, nicht hinzufügen! Es gilt daher Verfahren zu beschleunigen, um in modernes Zulassungsrecht und damit Klimaneutralität zu ermöglichen. Was schlagen wir vor? Eine Auswahl:

- Öffentlichkeitsbeteiligung optimieren, z.B. frühzeitig die konkret betroffene Öffentlichkeit anzusprechen und einen verständlichen Bürgerbericht vorzulegen
- Sensible Unternehmensdaten schützen, z.B. geschützte Plattformen bereitstellen, Kopier- und Weiterleitungsmöglichkeiten entfernen und ein gesondertes Verfahren bei Streitigkeiten über zu veröffentlichende Unterlagen anzubieten
- Die Digitalisierung in den Behörden vorantreiben und das Personal aufstocken sowie kontinuierlich schulen
- Rechtsunsicherheit reduzieren, indem die Begriffe „zumutbar“ und „verhältnismäßig“ geklärt werden. Es drohen sonst teure Gutachten und Einzelfall-Klärungen!

Welche Konsequenzen hat die Umweltgesetzgebung für Industriestandorte und Anlagengenehmigungen?

Der VCI Hessen begleitet mit seinem Umweltausschuss und vier nachgeordneten Gremien die Umweltgesetzgebung der Landesregierung, zuletzt beim Hessischen Energiegesetz und dem Klimagesetz. Für die dabei festgelegten CO₂-Einsparziele fordern wir zusätzliche flankierende Maßnahmen, z.B. die genannte Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Ausbau der Energieinfrastruktur sowie ein ausreichendes Angebot an grünem Wasserstoff, inklusive Infrastruktur.

Zu dem beteiligen wir uns aktiv an Initiativen der Landesregierung: dem Klimaplan Hessen, dem Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplan 2021-2027 sowie dem Wasserwirtschaftlichen Fachplan, der der Wasserstoffstrategie, dem Dialogforum zu Spurenstoffen im Hessischen Ried oder auch der hessischen Pestizidreduktionsstrategie. Die seit Gründung der Umweltallianz Hessen bestehende gute Kooperation mit den Fachreferaten des Hessischen Umweltministeriums und der Regierungspräsidien haben in Hessen zu sehr praxisnahen Umsetzungen von EU- und Bundesrecht geführt. Dennoch werden Genehmigungsverfahren durch neue Anforderungen, verschärfte Nachweisverfahren und Berichtspflichten immer umfangreicher, langwieriger und kostspieliger. Derzeit sieht sich die Industrie mit der Novellierung der EU-Industrieemissionsrichtlinie exponentiell aufwendigeren Genehmigungsverfahren ausgesetzt. Zudem sorgt die Ankündigung für die Wiedereinführung eines Wasserentnahmentgelt für Unverständnis in der Industrie angesichts unzähligen finanziellen und administrativen Belastungen.

Wir fordern daher eine Umweltpolitik mit Augenmaß, die den Unternehmen keine existenzgefährdenden Auflagen und Kosten auferlegt. Zu häufig werden jedoch Zielkonflikte ignoriert.

Zwei Beispiele:

- die Novellierung der EU-Industrieemissionsrichtlinie erschwert und verlangsamt Genehmigungsverfahren. So trägt die geplante Einführung von schwammigen Transformationsplänen zu Rechtsunsicherheiten bei bestehenden und künftigen Genehmigungsverfahren bei. Das avisierte Chemikalienmanagementsystem hätte Überbürokratisierung oder sogar Doppelregulierung zur Folge. Bestehende Bandbreiten (entsprechend der TA Luft) sollen durch nun durch Grenzwerte ersetzt und damit unzählige Einzelfallprüfungen nach sich ziehen.
- die von der EU-Kommission vorgestellte Null-Schadstoff-Strategie und die angestrebte Neuauflage der EU-Chemikalienpolitik: sie birgt in ihrer jetzigen Version die Gefahr, dass sich die Zahl verfügbarer Chemikalien in Europa deutlich verringern und die immens gesteigerten Auflagen für die Verwendung der Übrigen steigt. Der komplette Lebenszyklus eines Stoffes sowie Anwendungsspezifika sollten für dessen Nachhaltigkeits-Bewertung ausschlaggebend sein, denn auch Wasser, Fructose oder Kochsalz können bei falscher Anwendung giftig sein. Die gut gemeinte Wachstumsstrategie könnte in einer erheblichen Stolperfalle für viele Betriebe enden.

Entlastung der Industrie bei Energiekosten

Die Hessische Landesregierung sollte jetzt mehr denn je im Bund auf einen regulierten Industriestrompreis drängen, so dass die heimische Industrie international wettbewerbsfähig produzieren und auch die für Mitte des Jahrhunderts geplante Klimaneutralität erreichen kann. Gründe für die Preissteigerungen der letzten Jahre sind u.a. der Einfluss der Emissionsbepreisung oder auch die Steigerung der Netzentgelte. Zudem darf die Eigenstromproduktion zur Deckung des Energiebedarfes an unseren Standorten nicht durch eine Umlage verteuert werden.

Für die chemisch-pharmazeutische Industrie ist die Energieeffizienz ihrer Prozesse und Anlagen Grundvoraussetzung, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Viele Produktionsprozesse sind jedoch energieintensiv. Zur weiteren Optimierung und Steigerung der Effizienz führen die Unternehmen Energieaudits durch und beteiligen sich an Energieeffizienznetzwerken. Vom angekündigten Energieeffizienzgesetz sind zum jetzigen Zeitpunkt mit ohnehin enormen Preisentwicklungen leider wenig Einsparungen, dafür aber mehr Bürokratie zu erwarten. Dies schränkt den Handlungsspielraum der Unternehmen eher ein und bindet Ressourcen, die letztlich die ursprünglich gewünschten Einsparungen verhindern.

Emissionshandel als Instrument zum Klimaschutz

Die Chemie leistet ihren Beitrag zur Minderung von produktionsbedingten Treibhausgasen. Dabei spielen Benchmarks für Anlagen eine Rolle, die Referenzwerte für die Zuteilung kostenloser Zertifikate setzen. Selbst die effizientesten Anlagen müssen aber heute schon pauschale Abschläge bei der Zertifikatenumenge hinnehmen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten schaden der Wettbewerbsfähigkeit und es droht Carbon und Investment Leakage (Produktionsverlagerung in Regionen außerhalb der EU). Mit der derzeitigen ETS-Revision kündigt sich aber genau das an, da insbesondere der Export und die chemischen Wertschöpfungsketten belastet werden, indem Chemieprodukte in den geplanten CO₂-Grenzausgleich aufgenommen werden sollen. Für die Chemieindustrie ist der EU-Emissionshandel das zentrale Instrument, um die Klimaschutzziele bei gleichzeitigem Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Zusätzliche nationale Maßnahmen müssen diese bereits auf europäischer Ebene bestehende Regulierung berücksichtigen – sonst sind sie kontraproduktiv.

Beitrag der Industrie zum Klimaschutz

Unternehmen reduzieren prozessbedingte Treibhausgasemissionen und helfen mit innovativen Produkten und Materialien Rohstoffe und Energien einzusparen. So wäre die Elektromobilität ohne neuartige leichte Lithiumionenbatterien nicht vorstellbar. Zusätzlich investiert die Branche Milliardenbeträge in die Erforschung neuer Materialien und energiesparender innovativer Verfahren. So wird zukünftig klimaneutral hergestellter Wasserstoff als Energieträger für zahlreiche Prozesse eingesetzt

und zusammen mit CO₂ als Rohstoff für chemische Synthesen genutzt. Der Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur ist jedoch eine kostenintensive technische Herausforderung, die auch von der Gesellschaft akzeptiert und getragen werden muss. Der VCI unterstützt die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung und weitere Maßnahmen, die im Klimapaket der Bundesregierung verankert sind. Die hessische Wasserstoffstrategie wirft noch zu viele Fragen auf, als dass sie entscheidende Weichen stellt. Zentral werden jedoch die Verteilernetze, die eine europäische Lösung benötigen. Eine klimaneutrale Produktion ist in der Chemischen Industrie grundsätzlich möglich², setzt aber die Verfügbarkeit von erheblichen CO₂-freien Strommengen voraus.

Die beiden erfolgreichen Initiativen Chemie³ und Responsible Care zeigen wie intensiv und vor allem innovativ unsere Branche an einer nachhaltigen Zukunft arbeitet. Das Programm Responsible Care besteht seit mittlerweile 30 Jahren und gibt mit elf Leitlinien zu wichtigen Themen wie Umweltschutz, Arbeitsschutz oder Dialog mit Nachbarn und Stakeholdern eine Richtschnur für verantwortungsbewusstes Handeln der Branche gegenüber Mensch und Umwelt. Seit mehr als einem Jahrzehnt werden zudem jährlich innovative Projekte aus unserer Mitgliedschaft ausgezeichnet. 2022 stand der Wettbewerb im Zeichen des Dialogs über die Herausforderungen der Branche. 2023 wird der nachhaltige Umgang mit Energie im Mittelpunkt stehen.

Chemie³ ist eine Initiative, die der VCI gemeinsam mit den Sozialpartnern IG BCE und dem BAVC 2013 gegründet hat. Nachhaltigkeit wird dabei als ein ausbalanciertes Dreieck aus Ökonomie, Ökologie und Soziales verstanden. Mit Hilfe von messbaren Indikatoren soll in den nächsten Jahren der Fortschritt in der Branche sichtbar gemacht werden.

Innovation

Innovation ist der Grundstein unseres wirtschaftlichen Wohlstands. Die Politik sollte daher einen „Innovations-Check“ als notwendigen Baustein in die Gesetzesfolgenabschätzung integrieren, um innovationsfeindliche Regulierungen zu erkennen und zu verhindern. Ideologische Stoff- und Technologieverbote müssen unterbunden werden.

Bezüglich Hightech-Start-ups hinkt Deutschland im internationalen Vergleich hinterher. Oft mangelt es jungen Unternehmen in der Wachstumsphase an einer guten Kapitaldecke. Gerade bei Biotech-Gründungen besteht Handlungsbedarf.

Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung

Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland gehört zur Weltspitze bei Innovationen. Nach den USA, China und Japan belegt Deutschland Platz 4 bei den Ausgaben der Branche für Forschung und Entwicklung (FuE). Länder, die am meisten in ihre Innovationskraft investieren, gehören häufig auch wirtschaftlich zu den erfolgreichsten. Ein wichtiges Instrument für mehr Innovationen ist die steuerliche Forschungsförderung für alle forschenden Unternehmen – größenunabhängig. Nur mit einer Forschungsförderung könnten die Forschungsaktivitäten der Wirtschaft substanziell gesteigert und dadurch ein Beitrag zur Erreichung des 3,5 %-Ziels aus dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene geleistet werden. Ob hessisches Eigengewächs, Tochterkonzern oder Standort eines internationalen Unternehmens in Hessen - eine steuerliche Forschungsförderung trägt wesentlich zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Standortes für Forschungsinvestitionen und einem Beschäftigungsaufbau mit qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen bei. Auch der Mittelstand profitiert, z.B. als Unterauftragnehmer. Das am 1. Januar 2020 in Kraft getretene Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (Forschungszulagengesetz - FZulG) geht in die richtige Richtung. Wir setzen uns nachdrücklich für eine praxistaugliche Umsetzung für unsere Unternehmen ein, die den politischen Willen nicht durch überbordende Bürokratie konterkariert.

² Studie „Roadmap Chemie 2050 – Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland“ von DECHEMA und FutureCamp

Offenheit gegenüber neuen Technologien

Ein technologiefreundliches Umfeld ermöglicht es, die Wertschöpfung in Deutschland zu erhalten und zu erweitern. So eröffnen sich mit Genome Editing neue Möglichkeiten in Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln, Pflanzensorten oder Produktionsverfahren. Einzelne DNA-Bausteine lassen sich so präzise wie noch nie bearbeiten. Wir bedauern, dass das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 25. Juli 2018 die neue Technologie pauschal als Gentechnik einstuft. Eine ergebnisoffene gesellschaftliche Debatte wird damit erschwert.

Digitalisierung – Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Um die Zukunft mitgestalten zu können, muss der flächendeckende Ausbau der Breitbandnetze als nationale Aufgabe begriffen und mit ausreichend Bundesmitteln vorangetrieben werden. Das Digitalministerium in Hessen werden wir bei dieser wichtigen Koordinierungsaufgabe unterstützen. (Digitale) Innovationen brauchen ein stabiles Hochleistungsinternet – und zwar überall in Hessen. Eine leistungsfähige und zuverlässige digitale Infrastruktur ist auch Voraussetzung für alle Elemente des Internets der Dinge. Beratungsangebote für KMU, insbesondere zur Cybersicherheit sollten ausgebaut werden. Behörden sollten ihre E-Government-Angebote erweitern, um den bürokratischen Aufwand besonders für KMU zu verringern. Digitale Lösungen auch in der Gesundheitsversorgung gewinnen immer mehr an Bedeutung – eine E-Health Strategie kann hier anknüpfen.

Forschungsanreize durch gesicherte Schutzrechte

Unsere Mitgliedsunternehmen investieren viel in Forschung. Essenzielle Rahmenbedingungen für erfolgreiche Pharma-Forschung sind die Sicherung des geistigen Eigentums durch angemessene Patentlaufzeiten, die Möglichkeit zur Nutzung von ergänzenden Schutzzertifikaten und der Unterlagenschutz. Lange Entwicklungsprozesse führen dazu, dass bei Markteintritt bereits viele Jahre des 20-jährigen Patentschutzes abgelaufen sind. Ergänzende Schutzzertifikate können Herstellern derzeit eine Verlängerung der Patentlaufzeit um maximal fünf Jahre sichern. Auch der Unterlagenschutz ist wichtig, damit die für die Zulassung eines Medikaments eingereichten Unterlagen nicht von anderen Firmen bei Zulassungsanträgen für deren Generika umgehend mitgenutzt werden können. Bereits etablierte und bewährte Anreizsysteme sollten im Sinne einer innovationsfördernden Strategie und dem Zugang zu innovativen und erschwinglichen Arzneimitteln nicht infrage gestellt werden.

Gesundheitspolitik

Hessen ist einer der stärksten und innovativsten Standorte für die Pharma- und Medizinprodukteindustrie in Deutschland und Europa. Die hessische Gesundheitswirtschaft trägt in hohem Maße zum Wohlstand unseres Landes bei und ist Garant in Krisenzeiten. Knapp 96.000 Beschäftigte tragen sowohl in mittelständisch und eigentümergeführte Unternehmen als auch Niederlassungen multinationaler Unternehmen zu 4,2 Prozent der gesamtdeutschen Wirtschaftskraft bei. Durch ihre geringere Konjunkturabhängigkeit haben sich die Branchen der Gesundheitsindustrie als Stabilitätsanker für unsere Volkswirtschaft erwiesen. Diesen Erfolg verdankt die Gesundheitsindustrie in Hessen ihrer Innovationskraft sowie überdurchschnittlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung. Um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können, steht die Stärkung des Produktions- und Forschungsstandortes sowie die Sicherung der Versorgung im Fokus. Durch die Förderung von Aus- und Weiterbildung von Fachkräften leistet die Gesundheitswirtschaft hierzu einen wichtigen Beitrag. Der aktuelle Entwurf des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes bedeutet eine deutliche Belastung der Pharmaindustrie und führen zu einer unnötigen Schwächung einer für Deutschland wichtigen industriellen Branche. Die vergangenen zweieinhalb Jahre haben gezeigt, wie wichtig es ist, autark zu sein und über eine starke Produktions- und Forschungsinfrastruktur zu verfügen. Diese gilt es weiter zu stärken und nicht durch langfristige Änderungen wie z.B. neue Regularien im AMNOG zu gefährden.

Initiative Gesundheitsindustrie Hessen

Auf Landesebene arbeitet die Hessische Landesregierung in der Initiative Gesundheitsindustrie Hessen mit Unternehmen der Gesundheitsindustrie, Vertretern aus Wissenschaft und Forschung der hessischen Universitäten und Hochschulen sowie dem Landesbezirk Hessen-Thüringen der Industriewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) zu den Themenbereichen „Gesundheit und Versorgung“, „Wirtschaft und Beschäftigung“ sowie „Wissenschaft und Forschung“ zusammen. Es zeigt sich: Gesundheitspolitik ist nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein industrie- und damit wirtschaftspolitisches Feld. Die Initiative trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung dieses starken hessischen Wirtschaftssektors bei.

Sichere und stabile Lieferketten

Die Verfügbarkeit von Medizinprodukten und Arzneimitteln ist zentral für die alltägliche Versorgung von Patienten. Um zu gewährleisten, dass notwendige Produkte in bester Qualität schnell lieferbar sind, soll die bestehende Produktion in Europa gestärkt und das Entstehen neuer Anreize aus dem Gesundheitssystem verhindert werden, die eine Verlagerung der Produktion aus Deutschland bzw. Europa heraus begünstigen.

Biologische und biotechnologisch hergestellte Wirkstoffe nehmen in der Versorgung der Patienten eine immer bedeutendere Rolle ein. Zugleich sind Deutschland und die Europäische Union wichtige Produktionsstandorte. Den Besonderheiten von Blutplasmapräparaten als versorgungsrelevante Arzneimittel gilt es Rechnung zu tragen. Hierdurch könnte gerade auch in künftigen Krisensituationen zielgerichtet und flexibel reagiert werden, um eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen.

Digitalisierung/Zugang zu Gesundheitsdaten

Innovative digitale Ansätze sind für alle Bereiche der Gesundheitsindustrie von der Forschung über die Entwicklung bis hin zur Produktion und Versorgung überlebenswichtig.

Die Verwendung von anonymisierten/pseudonymisierten Gesundheitsdaten aus dem Versorgungsalltag und aus klinischen Studien birgt das Potential, Innovationen im Bereich der Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln und Medizinprodukten zu ermöglichen, die dann wieder den Patientinnen und Patienten zugutekommen. Eine verbesserte Akzeptanz in der Bevölkerung, strategische Forschungsförderung und eine interoperable Dateninfrastruktur sind wichtige Voraussetzungen.

Kooperationen in der Pharmaforschung und zwischen Studienzentren und Wirtschaft

Die Partner der Initiative arbeiten gemeinsam an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kooperationen in der Forschung und Entwicklung in den noch nicht kompetitiven industriellen und universitären Bereichen. Um einen weiteren Standortvorteil aufzubauen, gilt es, Kooperationen der für Studien relevanten Akteure zu vereinfachen. Die Einführung von Standardvertragsklauseln und Rahmenverträgen könnte ein wichtiger Beitrag sein, um die klinische Forschung in Hessen zu stärken. Die Hessische Landesregierung wird eine Strategie für die Gesundheitsindustrie erarbeiten.

Zwangsrabatte nicht erhöhen

Bis Ende 2026 soll der Herstellerabschlag für Arzneimittel, hauptsächlich patentgeschützte, gestaffelt heraufgesetzt werden. Zudem soll für Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen ein Kombinationsabschlag von 15 % auf den Erstattungsbeitrag erhoben werden. Dies würde mit gravierenden Wertschöpfungsverlusten für Unternehmen einhergehen und Minderinvestitionen bewirken. Eine weitere Verlängerung der Sperre für eine Preisanpassung von Arzneimitteln um vier Jahre geht vor allem zu Lasten mittelständischer Unternehmen. Die Pharmaindustrie ist somit nicht in der Lage entstehende Mehrkosten aus der Herstellung auf die Produkte umzulegen.

Bildung

Unsere Gesellschaft ist auf technologischen Fortschritt und innovative Konzepte angewiesen. Gute Bildung ist die Voraussetzung hierfür, insbesondere in Schlüsselfächern wie den Naturwissenschaften. Damit legen wir die Basis für gesellschaftliche Akzeptanz von Innovationen und kreieren eine Innovationskultur, die Fortschrittsdenken befördert.

MINT-Förderung stärken – Kooperationen fördern

Als hochinnovative Branche, die auf gut ausgebildete Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter angewiesen ist, legen wir besonderen Wert auf eine fundierte und praxisnahe Ausbildung in den MINT-Fächern. Bereits in der Grundschule sollten naturwissenschaftliche Fragestellungen aus der Lebenswelt der Kinder die Neugier fördern und Experimente – auch interdisziplinär - kontinuierlich entlang der Bildungskette verpflichtend angeboten werden. Die Ganztagschulbetreuung soll in diesem Sinne genutzt werden.

Kooperationen tragen dazu bei, dass Schüler:innen den für sie optimalen Weg ins Berufsleben finden. Zusätzlich kann Sponsoring durch externe Partner die Lehrkräfte unterstützen, bestehende Anforderungen an praxisbezogenen Unterricht erfüllen zu können (z. B. durch die Ausstattung von Fachräumen und Fortbildungen). Ein herausragendes Beispiel ist die Initiative „Schule 3.0“ vom Zentrum für Chemie in Bensheim. Neben der Förderung sehr guter Schüler durch Erfinderlabore im MINT-Bereich, wurden Unterrichtsmaterialien zu neuen Technologien von Lehrern für Lehrer entwickelt.

Bildungssystem auf digitalen Wandel ausrichten

Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Industrie in Deutschland wird auch die Vermittlung von digitalen Kompetenzen bei künftigen Arbeitnehmern sein. Wir appellieren daher an die Hessische Landesregierung, die Möglichkeiten im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung zum Digitalpakt offensiv zu nutzen, um unser Bildungssystem schneller und besser für den digitalen Wandel fit zu machen. Künftige und heutige Lehrergenerationen müssen befähigt werden, digitale Medien und Technologien didaktisch-methodisch sinnvoll anzuwenden und Anwendungswissen weiterzugeben. Ökonomische Grundkenntnisse und IT-bezogene Basisqualifikationen ("digitale Bildung") sollten zum Bildungsauftrag jeder Schule gehören. Das dreijährige Kooperationsprojekt „#HessenBildung.digital“ zeigt zum Beispiel nachvollziehbar, wieviel Potential in einer gezielten Lernortkooperation steckt. Berufsschullehrer und Ausbilder gewinnen durch Austausch, Zusammenarbeit und gemeinsame Entwicklung von digitalen Lehr-/Lerntools, die aus dem tatsächlichen Bedarf entwickelt wurden.

Engagement der Branche für frühe naturwissenschaftliche Bildung

Der VCI Hessen sowie unsere Mitgliedsunternehmen engagieren sich seit Jahren mit vielfältigen Projekten im Bildungsbereich. Hinzu kommt das Angebot „Fortbildung mit Basis- und Aufbau-Chemie-kiste“. In Kooperation mit dem Kultusministerium wird die Fachtagung „Experimente³“ für Grundschullehrer alle zwei Jahre angeboten. Alle schulischen und außerschulischen Angebote finden zur Zeit online statt. Der Fonds der Chemischen Industrie stellt darüber hinaus auch Mittel zur Unterrichtsförderung bereit, durch deren Einsatz der experimentelle Chemieunterricht in allen Schulformen und Jahrgängen gestärkt wird.